

Resolution der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz verabschiedet am Parteitag in Aarau, 26. Oktober 2008

Resolution zur Lage der Kurden und Kurdinnen im Iran

Die SP Schweiz ist äusserst besorgt, dass die Rechte des kurdischen Volkes trotz Fortschritten im Irak weiterhin in weiten Teilen der kurdischen Gebiete in der Türkei, im Iran und in Syrien missachtet werden. Die SP bekräftigt deshalb ihre Resolution "Für die Anerkennung und Gewährleistung der Rechte des kurdischen Volkes", welche der Parteitag in Sursee am 17. September 2006 verabschiedet hat.

Heute gibt die Lage der Kurden und Kurdinnen im Iran zu besonderer Sorge Anlass. Die zahlreichen Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen, die im iranischen Recht und in der Praxis fest verankerte Diskriminierung der Frauen, die systematische Unterdrückung von Minderheiten und die willkürlichen Festnahmen von JournalistInnen, SchriftstellerInnen, AkademikerInnen, Frauenrechtlerinnen und engagierten Bürgern und Bürgerinnen, deren abweichende Meinungen unterdrückt werden soll, bedrücken die SP Schweiz zutiefst.

Im Iran kämpfen über 10 Millionen Kurden und Kurdinnen für ein menschenwürdiges Leben in Frieden und Freiheit. Sie streben die Verwirklichung ihrer politischen und Menschenrechte im Rahmen eines demokratischen und föderalen Iran an. Eine an Frieden, den Menschenrechten und der Demokratie orientierte Verbesserung der Lage im Iran steht und fällt mit den politischen Kräften, die sich innerhalb des Irans für diese Ziele einsetzen. Umso mehr verdienen alle, die sich um deren Verwirklichung bemühen, unsere Solidarität und unseren Respekt.

Die SP Schweiz

1. unterstützt die demokratischen politischen und kulturellen Forderungen des kurdischen Volkes innerhalb der iranischen Staatsgrenzen;
2. fordert die iranische Regierung auf, die staatlichen Repressalien und Diskriminierungen gegen die kurdische Bevölkerung einzustellen und das Verbot von Kurdischen als Unterrichtssprache aufzuheben;
3. fordert die iranische Regierung auf, von der über drei kurdische Menschenrechtsaktivisten verhängten Todesstrafe abzusehen.